



Junge Liberale

Weinheim-Schriesheim

25. April 2007

Weniger Schulden und niedrigere Steuern schließen sich nicht aus

Nachdem der deutsche Staat mit knapp 1.500 Milliarden Euro in der Kreide steht, ist es erfreulich, dass die Bundesregierung dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts eine hohe Priorität einräumt. Dieses Jahr beläuft sich der Schuldendienst des Bundes auf etwa 40 Milliarden Euro, ohne netto einen Euro des gigantischen Schuldenberges getilgt zu haben.

Unter dem Blickwinkel, dass kommenden Generationen ihre Handlungsfähigkeit durch die massive Verschuldung geraubt wird, ist eine nachhaltigere Haushaltspolitik endlich erforderlich. Erfreulich ist auch, dass der Bundeswirtschaftsminister die Erkenntnis vertritt, dass mehr des verdienten Geldes bei den Bürgern bleiben soll und er die Einkommensteuer senken will. Eine Absenkung der Einkommensteuer, aber gerade auch eine Vereinfachung des für den Bürger undurchschaubaren Einkommensteuersystems sind dringend geboten!

Die Debatte der großen Koalition, die die beiden vernünftigen Ziele gegeneinander ausspielen, ist unsinnig und entlarvend für den wahren Stellenwert der Generationengerechtigkeit in dieser Regierung. Wenn Politiker mit Blick auf den Bundeshaushalt der Ansicht sind, dass eine Senkung der Einkommensteuer sich nicht mit einer Rückführung der Verschuldung verträgt, ist das töricht. Die Regierung muss endlich den Mut finden, eine seriöse Aufgabenkritik vorzunehmen und die Ausgaben des Bundes auf den Prüfstand stellen! So gibt der Bund weiterhin jährlich mehrere Milliarden für Subventionen aus, die aufgeblähte Bundesagentur für Arbeit kostet Unsummen und das gesamte Steuerrecht ist von Ausnahmen geprägt, die den am wenigsten bezahlen lassen, der die besten Schlupflöcher findet, und auch die dringend notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme, etwa der Rente, bleiben aus.